Verlagsort Dresden

Einzelpreis 10 Pfennige

Der Freiheitskampf

Heute neuer Roman

Amtliche Tageszeitung der N.S.D.A.P. Gau Sachsen

„Der Freiheitskampf“ ist das behördlicherseits bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften und der Bezirksverbände der Amtshauptmannschaften Dippoldiswalde, Dresden und Kamenz, der Stadträte Altenberg/Erzgeb., Bärenstein, Dippoldiswalde, Dresden, Frauenstein, Freital, Glashütte, Großröhrsdorf, Kamenz, Radeberg u. Radebeul, der Gemeinderäte Coßebaude, Klotzsche, Laula, Niedersedlitz b. Dresden, Ottendorf-Okrilla, Rähnitz-Hellerau, Reichenberg, Weixdorf und Zschachwitz, der Industrie- und Handelskammer Dresden, des Polizeipräsidiums Dresden, der Amtsgerichte Dippoldiswalde, Dresden, Frauenstein, Freital, Kamenz, Königsbrück, Lauenstein, Pulsnitz, Radeberg, Radebeul und Tharandt, der Landesforstdirektion Dresden*, der Forstämter Bärenfels, Bienenmühle, Frauenstein, Hirschsprung-Altenberg, Klotzsche, Langebrück, Laußnitz, Ottendorf-Okrilla, Schmiedeberg, Spechtshausen, Tharandt, Weißer Hirsch und Wendischcarsdorf, der Forstkasse Dresden, des Staatlichen Grundstücksamtes Dresden, der Staatlichen Gartenverwaltung Dresden, des Schloßrentamtes Dresden, des Bergamtes Dresden, der Straßenbaudirektion Dresden*, der Wasserbaudirektion Dresden* mit dem Amt für Gewässerkunde, des Straßen- und Wasserbauamtes Dresden, der Hochbaudirektion Dresden*, des Landbauamtes Dresden, der Akademie für Kunstgewerbe Dresden, der Landesstelle für Kunstgewerbe Dresden, der Staatsbauschule Dresden, des Hauptzollamtes Dresden, des Statistischen Landesamtes Dresden, des Landesveterinäramtes Dresden, der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden, des Landstallamtes Moritzburg, der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau Pillnitz, der Staatlichen Versuchs- und Beispielsgärtnerei Pillnitz, des Landeskulturamtes Dresden, der Anstalt für staatliche Schlachtviehversicherung, des Kunstgewerbemuseums Dresden, der Baumeisterprüfungsbehörde Dresden, des Landesfinanzamtes Dresden, der Finanzämter Dippoldiswalde, Dresden-Annenstraße, Dresden-Klostergasse, Dresden-Marschnerstraße, Dresden-Röhrhofsgasse, Dresden-Wasserstraße, Freital, Kamenz und Radeberg, der Hauptzollämter Dresden-A. und Dresden-N., der Zollabfertigungsstelle Dresden, des Reichsbauamtes Dresden, des Finanzgerichts Dresden, des Gymnasiums Dresden-N., Holzhofgasse 2, der Rudolf-Schröter-Schule in Klotzsche (Nationalsoz. Erzieh.-Anst.), der Dürerschule Dresden-A. 16, Hilbersdorfstraße 5, der Staatl. höh. Mädchenbildungsanstalt (Oberschule und höh. Mädchenschule) Dresden-Joh., Marschnerstraße 8, der Freih.-von-Fletcherschen Aufbauschule mit Deutscher Oberschule, Dresden-A., der Deutschen Oberschule Dresden-Plauen, der Technischen Hochschule Dresden, der Forstlichen Hochschule Tharandt, der Akademie der bildenden Künste Dresden und des Pädagogischen Institutes Dresden.

* Daneben werden die amtlichen Bekanntmachungen auf dem Verwaltungsblatt abgedruckt.

Bezugspreis: Durch Boten monatlich RM. 2.40 (einschließlich 48 Rpf. bzw. 48 Rpf. Botengeld), durch die Post monatlich RM. 2.40 (zuzüglich 48 Rpf. Bestellgeld), bei Abholung in unserer Geschäftsstelle RM. 2.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Rückerstattung der Bezugsgebühren oder auf Ersatzlieferung

Nr. 52, Freitag, 22. Februar 1935

Anzeigenpreise laut aufl. Tarif Nr. 6. Anzeigenschluß: Am Tage vor Erscheinen 15.30 Uhr, für die Sonntagsausgabe Freitags 17 Uhr, für d. Montagsausgabe Sonnabends 15.30 Uhr. Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen G.m.b.H., Dresden-A. 1, Wettinerplatz 10, Postscheck-Konto: Dresden Nr. 39178. Geschäftszeit 8 bis 18 Uhr. Sprechzeit der Redaktion 11 bis 12 Uhr außer Sonnabends. Tel. Sammelruf 25801 u. 25261

Russischer Vorstoß in London und Paris

Parlamentsauflösung in Danzig - Sächsische Kommunisten vor dem Volksgericht - Neue Kredite für die Rohstoffwirtschaft

Unangebrachte Einmischung

Bekanntlich ist Moskau von London und Paris um seine Meinung über die Londoner Vorschläge befragt worden. Herr Litwinow hat es nun für nötig befunden, hierauf eingehend zu antworten und seine Ansicht in „informatorischen Noten“ niederzulegen, die er den Regierungen in London und Paris überreichen ließ. Selbstverständlich ist Herr Litwinow der Ansicht, daß das Ziel der „Sicherheit in Europa“ nur durch den Anschluß aller im Londoner Kommuniqué erwähnten Abkommen erreicht werden könne. Es ist interessant, mit welchen Mitteln sich der Sowjetkommissar in die kommenden Verhandlungen mit Deutschland einzuschalten gedenkt. Er erklärt nämlich, daß es ohne Pakte nicht geht und daß diese von den vier größten europäischen Mächten unterstützt würden, nämlich Sowjetrußland, Frankreich, England und Italien. Hinzu kämen noch einige kleinere Balkanländer. Alles in allem, so zieht der rote Kommissar seine Bilanz, seien das 365 Millionen Menschen oder 70 v. H. der gesamten europäischen Bevölkerung.

Hier wird eine ultimative Forderung, also eine Drohung ausgesprochen, sich entweder den Moskauer Wünschen gefügig zu zeigen oder aber drei Viertel Europas gegen sich zu haben. Ein weiteres Argument des Herrn Litwinow, daß nämlich derjenige, der nur einen Teil der Londoner Vorschläge wolle, böse Absichten habe, klingt schlecht gerade aus der Moskauer Richtung. Es paßt anscheinend dem Moskauer Machthaber nicht, daß wir grundsätzlich unsere Bereitwilligkeit erklärt haben, vertrauensvoll an der Lösung des europäischen Friedens mitzuarbeiten.

Wir haben den Eindruck, daß Litwinow krampfhaft bemüht ist, die Erbschaft Barthous anzutreten mit der Forderung: „Friß Vogel oder stirb!“ Er hat in seinem blindwütigen Eifer anscheinend übersehen, daß sich in England außerordentliche Bedenken gegen seinen Ostpakt geltend machen und daß auch Italien von dieser Idee nicht entzückt ist. Uns scheint hier wieder das französisch-sowjetrussische Bündnis etwas vorlaut hervorzubrechen, und man hat den Eindruck, als ob in Moskau Unruhe darüber herrscht, daß sich Deutschland über gewisse Fragen mit seinen Verhandlungspartnern einigen könnte.

Wenn in gewissen Pressestimmen zum Ausdruck kommt, daß nach einem Besuch Simons in Berlin auch Moskau aufgesucht werden soll, so haben wir dagegen nichts einzuwenden. Nur muß sich Herr Litwinow darüber klar sein, daß sein Vorstoß durch die „informatorischen Noten“ eine Verschiebung der von uns angenommenen Basis der Londoner Vorschläge bedeuten muß, und daß wir nicht gewillt sind, uns darauf einzulassen. Die deutsche Antwort ist so klar und eindeutig gefaßt, daß über sie ohne weiteres unmittelbare englisch-deutsche Verhandlungen begonnen werden können. Wir können dabei den Rat des Herrn Litwinow durchaus entbehren. Es handelt sich um eine wohlüberlegte Aktion Moskaus zur Störung jener vertrauensvollen Unterhaltungen, wie sie die Londoner Vorschläge wünschen.

Die Rolle, die der sowjetrussische Botschafter in London, Maisky, spielte, als er in einem Vortrage den Ostpakt in die Debatte warf und verlangte, daß Deutschland die Vorschläge von London annehmen oder ablehnen müsse, wie sie sind, war weiter nicht als eine unangebrachte Einmischung. Das ganze Vorgehen Moskaus paßt zu der Rolle, die Litwinow in Genf spielte, als er pathetisch den „individuellen Terror“ just in dem Augenblick ablehnte, als in ganz Sowjetrußland Hinrichtungen am laufenden Band vollzogen wurden.

Da haben wir Deutschen, die Herr Litwinow wieder mal als „Friedensstörer“ zu bezeichnen beliebte, eine andere Auffassung von der friedlichen Zusammenarbeit in Europa. Im übrigen sei Herrn Litwinow noch mitgeteilt, daß Deutschland mit englischen Ministern in Berlin zu verhandelt wünscht und nicht mit ihm.

kß.

Herr Litwinow meldet sich

Zwei „informatorische“ Noten zum Londoner Kommuniqué überreicht

up. **Moskau**, 21. Februar. (Eig. Dienst.)

Den französisch-englischen Plänen einer Sicherung des europäischen Friedens durch die Errichtung einer Reihe von gegenseitigen Pakten hat die Sowjetunion Billigung und Unterstützung zugesagt. Die Moskauer Regierung hat den beiden Regierungen, die das Londoner Abkommen miteinander beschlossen haben, eindeutige Hilfe allerdings nur unter der Vorbedingung versprochen, daß das abzuschließende „Friedenssystem“ alle Teilpakte einbeschließe, vor allem also der Ostpakt, für den auch der russische Außenkommissar Litwinow Anspruch auf Patenschaft erhebt.

Die Stellungnahme der Sowjetunion ist niedergelegt in zwei Noten, die Donnerstag von den sowjetrussischen Botschaftern in London und Paris den beiden Regierungen überreicht wurden. Moskau hat sich zu diesem Schritt entschlossen, nachdem die Botschafter Frankreichs und Englands die Sowjetregierung gebeten hatten, daß auch Rußland sich über seine Ansicht in bezug auf die Londoner Paktentwürfe zur Sicherung des Friedens und Errichtung einer allgemeinen Rüstungskonvention äußern solle.

Die sowjetrussische Regierung legt in diesen „informatorischen“ Noten ihren Standpunkt dar, daß das Ziel der „Sicherheit in Europa“ „nur durch den Abschluß aller im Londoner Kommuniqué erwähnten Abkommen erreicht werden könne. In diesem Zusammenhang wies Litwinow darauf hin, daß die vorgeschlagenen Pakte durch die vier größten europäischen Mächte unterstützt würden, nämlich durch die Sowjetunion, Frankreich, England und Italien. Diese vier Nationen umfaßten 365 Millionen Menschen oder 70 Prozent der gesamten europäischen Bevölkerung. In den Noten wird von seiten der Regierung der UdSSR. der Meinung Ausdruck verliehen, daß die Sowjetunion seit langer Zeit von der Unerreichbarkeit einer vollständigen Abrüstung oder einer wirksamen Rüstungskontrolle überzeugt sei. Aus diesem Grunde sähe sie auch im Abschluß regionaler Unterstützungsabkommen die einzige Möglichkeit und Hoffnung, zur Stabilisierung des europäischen Friedens zu gelangen. Die Bestrebungen Litwinos seien seit vielen Monaten auf die Erreichung des Zieles abgestellt gewesen, die Erhaltung des Status quo in Osteuropa durch Gegenseitigkeitspakte zu gewährleisten. Durch den Widerstand Polens und Deutschlands seien jedoch alle Versuche in dieser Richtung durchkreuzt worden. Zum Schluß erklärt Litwinow, daß er das Londoner Abkommen begrüße „unter der Bedingung seiner letzten, unteilbaren Verwirklichung“.

Die polnischen Gäste in Dresden

Bericht im Innern des Blattes

Schuschniggs Programm: Rückkehr Ottos

Volksabstimmung über die Wiedereinsetzung der Habsburger

up. **Wien**, 21. Februar. (Eig. Dienst.)

Bundeskanzler Schuschnigg hat vor seiner Abreise nach Paris auf einer Versammlung der Vaterländischen Front in Linz zum Ausdruck gebracht, daß die Rückkehr Otto von Habsburgs und anderer Mitglieder des früheren kaiserlichen Hauses der österreichischen Regierung genehm sein würde. Mit besonderer Betonung sagte Schuschnigg: Wer mit Oesterreich verhandeln will, der muß selbstverständlich auch das Recht Oesterreichs anerkennen, seine inneren Angelegenheiten selber zu ordnen.

Es ist zweifellos, daß diese Erklärung Schuschniggs als Auftakt zu den Verhandlungen zu gelten hat, die der österreichische Bundeskanzler dieser Tage in Paris und London führen wird. Diese Auffassung wird durch einen Artikel der amtlichen „Wiener Zeitung“ bestätigt. Das Blatt schreibt, die Rede des Bundeskanzlers in Linz in diesem außenpolitisch bedeutsamen Augenblick werde sicherlich wie ein Fanfarenstoß wirken, weil sie „ein umfassendes politisches Programm“ (?) enthülle und dem Kampf für das wirkliche (!) Oesterreich neue Impulse gegeben habe. Schuschnigg hatte in der Rede die bereits im letzten Jahr vom Bundeskanzleramt ausgegebene Erklärung wiederholt, in der gefordert wurde, daß Oesterreich zu gegebener Zeit durch Volksabstimmung über seine Zukunft entscheiden werde. Ueber das Thema dieser Abstimmung ist allerdings nichts näheres gesagt worden, daß es aber nicht den Anschluß an Deutschland behandeln würde, hat Schuschnigg deutlich zum Ausdruck gebracht. Im übrigen erklärte Schuschnigg, es sei eines der größten Irrtümer der letzten Zeit gewesen, daß man in politischen Dingen sein Ehrenwort nicht zu halten brauchte. Dieser brutalen Methode eines neuen Machiavellismus werde Oesterreich niemals weichen.

*

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß Bundeskanzler von Schuschnigg seine Reise nach Paris an jenem Tage angetreten hat, an dem vor 125 Jahren Andreas Hofer zu Mantua von den Franzosen erschossen wurde. Während der Bundespräsident am Grabe des Tiroler Helden weilte, fuhr sein Kanzler nach Paris. Diesen sicher unfreiwilligen Witz leistete sich die Geschichte am 20. Februar 1935.

Kundgebungen bei der Ankunft in Paris

up. **Paris**, 21. Februar.

800 Personen wurden von der Pariser Polizei in der Nähe des Ostbahnhofes verhaftet, auf **dem der österreichische Bundeskanzler Schusch-**

Großangriff auf die Moore in Emsland

Der Arbeitsdienst schafft Neuland für 10 000 Bauern

Lingen a. d. Ems, 21. Februar.

Der Großangriff des nationalsozialistischen Arbeitsdienstes auf das Emslandmoor hat eingesetzt. Reichsarbeitsführer Staatssekretär Hierl hat mit einer Besichtigungsreise, die am Donnerstag begonnen hat, das Signal zur Eröffnung dieses großen Kampfes gegen unwirtliches Land gegeben. Es gilt hier, in dem weiten Moorgebiet, besonders westlich der Ems, auf einer Fläche von 80 Kilometer Tiefe und 30 bis 40 Kilometer Breite im Laufe der nächsten Jahre Neuland zu schaffen und auf dem urbar gemachten Boden Siedler anzusetzen, die die Ernährungsgrundlage Deutschlands verbreitern helfen.

Die Männer im grauen Arbeitsrock, die hier aus Brandenburg, der Ostmark, Sachsen, Westfalen und Württemberg, vom Niederrhein und aus Niedersachsen zusammengekommen sind, leisten mit ihrer Arbeit schweren, aber auch ehrenvollen Dienst an der deutschen Nation. Sie tragen mit Stolz das schwarze Emslandband, das am linken Unterärmel mit Silberschrift ihre Zugehörigkeit zu den beiden Emslandabteilungen kennzeichnet.

Für die Kultivierung kommen in der Hauptsache die zwischen der Ems und der holländischen Grenze im Regierungsbezirk Osnabrück liegenden Moorgebiete Hümmling und Meppen und die Moore in der Grafschaft Bentheim in Betracht, die zu den am dünnsten besiedelten Gegenden Deutschlands gehören. 110 000 Hektar Moor und auch Oedland harren der Aufschließung. Ueber 10 000 Bauern, Handwerker usw. können hier im Laufe der Zeit auskömmliche Arbeits- und Lebensmöglichkeiten finden.

Reichsarbeitsführer Hierl hat am Donnerstag sechs Lager besichtigt. Er hat alles in mustergültiger Ordnung und straffster Disziplin vorgefunden und deshalb auch nicht verfehlt, den jungen Arbeitsdienstmännern, um deren Wohl er wie ein Vater besorgt ist, und deren Führern seine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417178867-19350222/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG